Schon 1949 mussten Bundesregierung und Bundesbank ermahnt werden eine vernünftige Wirtschaftspolitik zu machen.

Die Deutsche Bundesbank gab 1998 ein Buch heraus mit dem Titel „Fünfzig Jahre Deutsche Mark“ (C.H. Becksch’e Verlagsbuchhandlung, München 1998). In diesem Reader berichtet Carl-Ludwig Holtfrerich über die Geldpolitik bei festen Wechselkursen (von 1958 bis 1970). Dort (S. 371) ist folgendes nachzulesen:

> (…) Bundesregierung, die in ihrem Memorandum vom 15. Dezember 1949 an die OEEC zur zukünftigen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland erklärt hatte: ‚Die deutsche Wirtschaftspolitik wird auf die Belebung der Exporte konzentriert sein.[57] Aber solche Erklärungen genügten den Alliierten nicht, sie wollten Taten sehen. Die Alliierte Hohe Kommission stellte der gesamten Wirtschafts- und damit auch der Geldpolitik der Bundesrepublik in dem nicht nur die Bundesregierung, sondern auch der BdL (Bank deutscher Länder) zugesandten Antwortbrief vom 7. Februar 1950 ein vernichtendes Zeugnis aus [58].“

Fazit: Könnte es ein, dass uns heute eine solche Alliierte Hohe Kommission fehlt?

[57] Übersetzt aus der Stellungnahme der Alliierten Hohen Kommission dazu vom 7. Februar 1950 (HA BBk B 330/2025 [Korrespondenz Vocke]). Das Memorandum wurde auch abgedruckt in der Neuen Zürcher Zeitung am 20. Februar 1950, die Antwort der Bundesregierung ebenda am 6. März 1950. Zur Vorgeschichte: vgl. Hagemann, Konjunkturpolitik, S. 90ff. Eine Zusammenfassung dieses ((Memorandenkrieges)) ist unter dem Titel ((Economic Dogmatism in Germany)) vom Economist am 11. März 1950 veröffentlicht worden. Vgl. Giersch/Paqué/Schmieding, Miracle, S. 59f.

[58] Die Hohen Kommissare teilten die düstere Prognose der Deutschen nicht und bemängelten vor allem die Lethargie der konjunkturpolitischen Instanzen angesichts einer auf 13 % gestiegenen Arbeitslosenquote, die die deutsche Seite als ((strukturell)) bedingt ansah und deshalb untätig hinzunehmen bereit war. Sie forderten Konjunkturprogramme mit expansiven kreditpolitischen Maßnahmen aus inländischen Quellen und wiesen den Einwand der Bundesregierung, nur durch die Aufstockung der Marshallplanhilfe könnten solche Maßnahmen unbedenklich finanziert werden, entschieden zurück.